

## Es geht uns gut – aber gehts uns auch gut genug?

Von Von René Lenzin. Aktualisiert am 05.07.2013

**Für Avenir Suisse ist die Schweiz nicht nur reicher als fast alle andern, sondern auch «gleicher». Für die Gegner der Denkfabrik ist das Stimmungsmache gegen Mindestlöhne.**



**Avenir Suisse** scheint nervös zu sein. Der Thinktank der Wirtschaft befürchtet offenbar ein Ja zur Mindestlohninitiative der Gewerkschaften. «Die Mindestlöhne haben wohl bessere Chancen beim Volk als die 1:12-Initiative», sagte Gerhard Schwarz gestern. Und das will dem Direktor von Avenir Suisse und früheren Wirtschaftschef der NZZ gar nicht gefallen. Weil er Mindestlöhne von 4000 Franken für gefährlich für die Schweiz hält. Und weil er findet, dass Einkommen und Vermögen hierzulande weniger ungleich verteilt seien, als es die Befürworter der Initiative behaupteten. Um diese These zu belegen, haben Schwarz und sein Team ein «Avenir spezial» zur Verteilungsfrage aufgelegt, das die jüngsten Positionspapiere zum Thema zusammenfasst.

Für Schwarz ist dieser Beitrag umso wichtiger, als die «Verteilungsdebatte schärfer wird». Will heissen: dass die Akzeptanz von aus seiner Sicht falschen Rezepten steigen könnte. Dem will er

Fakten entgegenhalten obwohl es diese in der öffentlichen Wahrnehmung nicht immer einfach haben, wie er auf eine Frage hin zugeben musste. Dass früher chancenlose Vorschläge heute gute Umfragewerte erhalten, führt er primär auf die Globalisierung und ihren Effekt auf die im Grunde immer noch korporatistische Schweiz zurück.

Auch Vermögen sind «gleicher»

Und das sind die Fakten, die Hauptautor Patrik Schellenbauer der «Neidökonomie» (Titel eines Buches von Gerhard Schwarz) entgegenhalten will:

Die Lohnungleichheit hat nicht zugenommen. Der Gini-Koeffizient, der die hohen und tiefen Einkommen in ein Verhältnis setzt, ist in den letzten 15 Jahren nicht gestiegen. Er ist tiefer als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Nimmt man nur Vollzeitstellen, ist der hiesige Wert gar weltweit am tiefsten. Angesichts des hohen Lohnniveaus sei die Schweiz daher «reicher und gleicher», schreibt Schellenbauer.

Die Spitzeneinkommen sind gestiegen, aber weniger stark, als die Gewerkschaften glauben machen. Der Anteil der Topverdiener an der Gesamtlohnsumme liegt höher als in den 70er- bis 90er-Jahren, aber nicht höher als in den 60ern, so Avenir Suisse.

Auch bei den Vermögen ist die Verteilung «gleicher», als offizielle Statistiken vermuten lassen. Diese sind unvollständig, weil sie nur versteuerte Vermögenswerte enthalten. Rechnet man Pensionskassenguthaben, Sparkapitalien der 3. Säule, die künftigen AHV-Renten sowie jene rund 40 Prozent des Immobilienwerts dazu, den die Steuern nicht erfassen, werden die heute ausgewiesenen Vermögen von rund 1,4 Billionen Franken mehr als verdoppelt. Weil diese zusätzlichen Vermögenswerte breiter gestreut sind, sinkt die Ungleichheit der Vermögensverteilung.

Der flexible Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Trumpf der Schweiz. Zusammen mit dem dualen Bildungssystem sorgt er für generell hohe Löhne und tiefe Arbeitslosigkeit. Der flexible Arbeitsmarkt allein reiche nicht für den Erfolg, wie das Beispiel der USA zeige, sagte Schwarz. Aber ohne ihn gehe es nicht. Der Schweizer Mittelstand habe seine Position auch halten können, indem vor allem die Frauen mehr arbeiteten, fügte Schellenbauer bei. Ohne flexiblen Arbeitsmarkt wäre dies gar nicht möglich gewesen.

Die Reallöhne sind seit 1970 stärker gestiegen als die Mieten in bestehenden Verträgen. 1970 konnte man – bei mittlerem Einkommen – für den Lohn einer Arbeitsstunde 2,6 Quadratmeter Wohnfläche mieten, heute sind es 3,9. Obwohl heute praktisch gleich viel Arbeitszeit für die Miete investiert wird wie damals, ist die Wohnfläche pro Kopf um ein Viertel gestiegen.

«Das ist eine Kampfschrift»

Das mit dem «mehr Wohnen für weniger Geld» gilt allerdings nicht für Neu- und Wiedervermietungen an begehrten (städtischen) Wohnlagen. Dort führen überdurchschnittliche Preissteigerungen laut Avenir Suisse effektiv zu jenem Kaufkraftverlust, den Linke und Gewerkschaften vor allem im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit bemängeln. Das führt zurück zur eingangs erwähnten Frage der Wahrnehmung. Das «reicher und gleicher» dürfte jene Zürcher oder Berner nicht überzeugen, die sich bei der Verteilung von attraktivem Wohnraum und freien Sitzplätzen in Trams und Bussen benachteiligt fühlen – nicht nur, aber in zunehmendem Mass gegenüber Zuwanderern. Auf diese Herausforderung gibt die Schrift von Avenir Suisse keine Antwort, wie Autor Schellenbauer einräumt.

Unausgewogen ist das Elaborat auch für Daniel Lampart, den Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Zwar gehe es der Schweiz tatsächlich gut. Aber es gebe trotzdem ein Problem beim Mittelstand und bei Tieflöhnen, sagt er (siehe Interview). Vorbehalte meldet auch Hans Kissling an, der ehemalige Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich. Die Publikation von Avenir Suisse sei «eine Kampfschrift gegen drei Initiativen – die 1:12-, die Mindestlohn- und die Erbschaftssteuerinitiative», sagte er gegenüber dem «Tages-Anzeiger».

(Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 05.07.2013, 22:05 Uhr

Noch keine Kommentare